

Riefaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsanstalt
Tageblatt Riefa.
Herrnstr. 20.
Postfach Nr. 22.

Das Riefaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riefa, des Rates der Stadt Riefa, des Finanzamts Riefa und des Hauptkollektors Meißens behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfach-Nr.
Dresden 1580.
Verleger:
Riefa Nr. 22.

Nr. 109.

Montag, 12. Mai 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintritts von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für Bewilligte Rabatt erhält, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riefa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riefa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riefa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riefa.

Die Krise des Parlamentarismus.

Der neue Reichskanzler Dr. Brüning wird nicht müde, seine Gedanken und Ziele dem deutschen Volke immer wieder vorzutragen. Dabei kommt er regelmäßig auf unsere parlamentarischen Zustände zu sprechen, von denen er begeisterteste feindselige erbaut ist. Der weiß, daß Dr. Brüning aus Überzeugung auf dem Boden des parlamentarischen Systems steht, kann seine Freude nachfühlen, daß er nicht mit Hilfe des Ausnahmeartikels 48 der Reichsverfassung regieren mußte. Es bleibt jedoch von entscheidender Bedeutung, wie der Kanzler soeben in Breslau erklärte, daß dem Parlament nicht gestattet wird, der Verantwortung auszuweichen, sondern daß es gezwungen wird, die Verantwortung zu übernehmen.

Es ist gar keine Streitfrage und wird auch von den Staatsrechtslehren allgemein anerkannt, daß die Erhöhung der Verantwortungsbewußtheit erforderlich ist, wenn wir aus der gegenwärtigen Krise des Parlamentarismus herauskommen sollen. Diese Krise ist, was zunächst betont werden muß, internationaler Art. Die Krisenerscheinungen des Parlamentarismus führen bereits in der Türkei, in Italien, Rußland, Südamerika, Spanien, Portugal, Litauen, Polen und in anderen Staaten zur Diktatur. Professor Eder-Somlo bemerkte dieser Tage in einem Vortrag über die "Krise des Parlamentarismus" zu dieser Erscheinung treffend: "Der Parlamentarismus ist überall nicht krank, weil die Diktatoren ihn bedrohen, sondern die Diktatoren bedrohen den Parlamentarismus, weil er krank ist."

Die Gründe für die herrschende Krise des Parlamentarismus sind mannigfaltiger Art. Weht man ihnen auf den letzten Grund, dann muß man schon auf die Entstehungszeit des Parlamentarismus zurückgehen und sich vergegenwärtigen, daß er Schritt für Schritt dem absoluten Fürstentum abgerungen wurde und von hohen sittlichen Ideen, den Menschheitsidealen des 18. Jahrhunderts, dem Humanismus und dem deutschen Humanismus getragen war. Als dann im Laufe der letzten Jahrzehnte eine allgemeine Ernüchterung eintrat, zeigten sich die Schwächen und Fehler des parlamentarischen Systems immer mehr, zumal mancherorts im Übermaß der Begeisterung weniger den staatspolitischen Notwendigkeiten, als idealistischen Versteigerungen Rechnung getragen wurde.

Typisch dafür ist bei uns z. B. die Festlegung des Wahlalters auf 20 Jahre. Ausgrund des geltenden bürgerlichen Rechts wird der deutsche Bürger erst mit 21 Jahren volljährig. Die Reichsverfassung erklärt ihn aber schon mit 20 Jahren zum politischen Vollbürger und gibt ihm das aktive und passive Wahlrecht. Kein Einsichtiger wird aufgrund der Erfahrungen, die wir seit der Inkraftsetzung der Weimarer Reichsverfassung gemacht haben, heute noch die Ansicht vertreten, daß die im vorangehenden Lebensjahr erreichte Erwerbsfähigkeit gleichzeitig auch eine auch nur ausreichende politische Urteilsfähigkeit in sich schließt. Ein anderes Beispiel erblicken wir in dem Mangel an Kontrolle der Führerpersönlichkeiten. So lange ihre Auswahl in kleineren Kreisen und nach höheren Gesichtspunkten, als die Menschen einander noch näher fanden und kannten, durchgeführt werden konnten, stand der Parlamentarismus in seiner Blüte. Mit der Vergrößerung der Wahlkreise und der Verbreiterung des Wahlrechts, darin wird man wiederum Eder-Somlo beipflichten müssen, ging das geistige Niveau der Parlamentarier stetig abwärts.

Der Klärung bedarf auch das Problem des Einkammerismus. Die Freunde des Zweikammerismus nehmen sichlich zu. Besonders in den Kreisen des Mittelstandes und in der deutschen Bauernschaft wächst die Lust, den vorläufigen Reichswirtschaftsrat zu einer verfassungsmäßigen Körperschaft auszubauen. Ebenso könnte man an den Ausbau des Reichsrats denken, auch beide Pläne miteinander kombinieren und zu einem neuen Parlament auf berufsbasischer und landständischer Grundlage kommen. Professor Eder-Somlo von der Kölner Universität, wohl der bedeutendste Staatswissenschaftler auf deutschen Hochschulen, glaubt, daß es keinen anderen Weg zur praktischen Reform gibt, außer der Schaffung einer parlamentarischen Körperschaft neben dem Reichstag, bei der es keine politischen Parteien gibt.

Im Reichstag selbst kann es mit der bisherigen Handhabung der Immunität nicht so weiter gehen. Der Begriff der Immunität bedarf einer klareren Fassung und schärferen Umgrenzung. Es geht wohl zu weit, wenn man das Verfahren des Reichstages in dieser Frage als Skandal bezeichnet, denn sowohl das Plenum als auch der sachverständige Ausschuss bemüht sich in den letzten Monaten mit Erfolg, den bestehenden Auswüchsen entgegenzutreten. Gleichwohl muß daran erinnert werden, daß die Immunität aus dem heroischen Zeitalter des Parlamentarismus stammt, wo sie für die Volkswortführer einen besonderen Schutz gegenüber monarchischer Willkür darstellte. Davon ist aber heute keine Spur mehr vorhanden. Dagegen erlebten wir es nur allzu oft, daß die Immunität mißbraucht wurde, um die Justiz zu narren und strafwürdiges Verhalten von Volkswortführern der gerichtlichen Ahndung wenigstens auf einige Zeit zu entziehen.

Auch die praktische parlamentarische Regierungsweise bedarf der Reform. Dies wird von allen Freunden des parlamentarischen Systems seit langem schon erkannt. Eine Politik auf lange Sicht ist nur möglich, wenn unsere Reichskabinette für längere Zeit, sagen wir drei oder vier Jahre, bestehen. Um ins Leben zu treten, müßten sie das Vertrauen der Mehrheit des Parlaments besitzen. Eine einfache Mehrheit sollte jedoch nicht in der Lage sein, jeden Tag das gerade bestehende Reichskabinett über den Haufen zu werfen.

Moldenhauer über Aufgaben der Finanzpolitik. Vertrauen auf deutsche Zukunft.

Der Ausschuss der Deutschen Volkspartei für Industrie und Wirtschaft des Wahlkreises Frankfurt a. d. Oder hielt in Frankfurt seine Tagung ab. Am Abend fand eine große öffentliche Kundgebung der Wirtschaft statt. Vor etwa 1000 Personen sprach Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer über finanztechnische Fragen. Er ging zunächst auf die Ursachen ein, die zu dem krankhaften Zustand der deutschen Wirtschaft geführt haben, und führte weiter u. a. aus: Die Realsteuern, insbesondere die Gewerbesteuern, drohen dem Mittelstand zu erdrücken; dazu kommt die übermäßige Höhe der sozialen Lasten.

Erstes Ziel der Finanzpolitik muß es sein, den unerträglichen Steuerdruck zu mildern.

Vorbereitung dafür ist eine geordnete Rassenlage des Reiches. Neue Steuern sind zu diesem Zwecke unerlässlich. Durch Erhöhung der indirekten Steuern werden die erforderlichen Mittel beschafft. Die von der Sozialdemokratie lange Jahre verfolgte Theorie von der unlogischen Wirkung indirekter Steuern hat sich überlebt. Für das Jahr 1931 liegt ein auf 600 Millionen genau bezifferter Veranschlagung für eine Steuererhöhung vor. Dieses Verprechen kann eingelöst werden und stärkt die Position des Reichsfinanzministeriums gegenüber unberechtigten erhöhten Anforderungen des Reichstages. Notwendig ist ferner eine

Beschränkung des Staatsbewilligungsrechtes des Reichstages

in dem Sinne, daß ein Uebererschreiten der Regierungsvor-

schläge unzulässig ist, wie es praktisch schon im Reichskabinett geübt wird. Für dieses Recht, sowie für das Veto-Recht des Reichsfinanzministers, wird die Regierung mit aller Energie und Konsequenz eintreten. Hand in Hand mit diesen Maßnahmen muß eine vernünftige Sozialpolitik stehen. Man muß die Wirtschaft beleben und wieder Arbeit schaffen. Dazu soll das von der Sozialdemokratie als reaktionär bekämpfte Ost-Programm helfen. Am Mittwoch wird es dem Reichstag vorgelegt. Am Freitag sind von der Regierung neue Beschlüsse über die Hebung des Roggenpreises gefaßt worden. Mit i. r. allgemeinen Ausgabenentwurf des Reiches gehen. Den Ressorts ist bereits ein Kostenentwurf vorgegangen. Man strebt eine Ausgabenverminderung, Zusammenlegung von Behörden, Beseitigung überflüssiger Dienststellen an. Eine Rationalisierung der Verwaltung muß sich aber auf die Länder und Kommunen erstrecken. Erforderlich ist auch eine Ueberwachung öffentlicher Anleihen nicht nur am ausländischen, sondern auch am inländischen Markt. Geplant ist ferner die

Erhebung einer bürgerlichen Abgabe im prozentualen Verhältnis zur Gewerbesteuer.

Damit ist man bei dem letzten großen Ziel der Reichsreform angelangt. Der Dualismus Preußen-Reich muß dahin eine Lösung finden, daß Deutschland ein einheitlich regiertes Land wird. Ich habe das feste Vertrauen, daß Deutschland wieder zu einer besseren Zukunft gelangen wird.

Die Ursache der Katastrophe von Bienenburg.

vda. Berlin. Ueber die Ursachen des schweren Laugeneinbruchs, der am Donnerstag das der preussischen Bergwerks- und Hütten-W. G. gehörende Kalibergwerk Bienenburg betroffen hat, teilt das preussische Handelsministerium u. a. mit, daß in den ersten Jahrzehnten des Kalibergbaus von 1880 bis 1900 der Abbau sich im obersten Teil fast ausschließlich auf Kalklager vollzogen habe. Diese Salzstöcke sind durch die früheren Gebirgsbewegungen der sonst vorhandenen schiefen Decken herab und vom Grundwasser zum Teil zu Salzlauge aufgelöst, so daß Risse, die durch Grubenbau entstehen, zu Laugeneinbrüchen führen können und früher auch oft geführt haben. Die Erfahrungen haben jedoch neue Abbaumethoden entstehen lassen, die eine Zerkleinerung und Verflüssigung des Salzhutes verhindern. Insbesondere meidet man jeglichen Abbau in den erwähnten Salzstöcken. Diese Erfahrungen sind jedoch bei der Anlage des tiefsten Schachtes in Bienenburg nicht berücksichtigt worden. Die Begründer waren Seintoblenbergleute aus Westfalen, die beim Abteufen des Schachtes I und beim Abbau der Salze das schädliche Dredgergebnisse an mehreren Stellen verletzten, so daß, wie der jetzt eingetretene Laugeneinbruch gezeigt hat, schließlich umfangreiche Verdrängungen und Auflösungen der Salze im Schacht stattgefunden haben. Der preussische Staat hat das Bergwerk Bienenburg erst 1908 erworben, ihm sind seit 1926 die Fehler der Gruben bekannt. In künftiger Fällung mit der geologischen Landesanstalt wurden auch in reichem Maße Vorlesungen gegen einen Laugeneinbruch getroffen. Leider waren die Auflösungen im Schacht schon so weit, daß sie jetzt trotzdem zu der Katastrophe geführt haben. Die getroffenen Maßnahmen hätten aber wenigstens zur Folge, daß die gesamte Belegschaft gerettet werden konnte.

Neuer Wassereinbruch bei Bienenburg.

vda. Berlin. Wie aus Bienenburg berichtet wird, ist nach den neuesten Feststellungen das Wasser in Schacht II des Kalibergwerkes wieder um etwa 80 Zentimeter gesunken. Auch ist auf der großen Einbruchsstelle am Schacht I ein Nachschub von etwa 100 Kubikmeter Erde erfolgt. Man hat begonnen, an der Einbruchsstelle das Erdreich durch Sprengschüsse zu lösen und in die Tiefe zu senken, um festzustellen, ob weitere Senkungen erfolgen. Die Brunnen im ganzen Kreise Bienenburg sind verlegt. Der Haupttrichter an der Schachttrage hat sich nach unten geöffnet. Von dem hineingestürzten Kraftwagen ist nicht mehr viel zu sehen. Am "Finkenherd" ist ein neuer Einbruch erfolgt. Das östliche Gleis am Rangierbahnhof hat sich gesenkt. Der gesamte Bahnverkehr über Bienenburg ist seit Sonntag nachmittag um 5 Uhr von der Reichsbahndirektion wieder freigegeben worden, mit Ausnahme der gestörten Güterverkehrsstrecke Bienenburg—Graupa.

Hilfe für Bienenburg.

vda. Berlin. Als erste Fraktion hat am Sonnabend die Wirtschaftspartei im Preuss. Landtag einen Antrag eingebracht, der sich mit der Katastrophe von Bienenburg beschäftigt. Der Antrag ersucht das Staatsministerium, aus Mitteln der Hausindustrie und der produktiven Erwerbslosen-Fürsorge eine schnelle und nachdrückliche Hilfsaktion zugunsten der geschädigten oder nockleidenden Bevölkerung, insbesondere der gewerblichen und grundbesitzenden Mittelklassen, durchzuführen, sowie den Geschädigten die Hausindustrie, die Grundvermögenssteuer und die Gewerbesteuer zu erlassen.

werten. Gerade bei der Parteizersplitterung, die bei uns eingetreten ist, bei den Gegenwartsinteressen, die parteipolitischen Verbissenheit und der beruflichen Selbstsucht vieler Parlamentarier, die in der Tat keine Volkswortführer, sondern Interessensvertreter sind, gebietet die Staatspolitik eine Reform des Verfassungsrechtes, damit wir Reichsregierungen in der Zukunft erhalten, die nach ihrer Erstellung die Gewährung des Bestandes und der Dauer in sich tragen, um auf weite Sicht die Lebensinteressen des für die Gegenwart und Zukunft im Staat vereinigten Volkes vertreten zu können.

Was in Genf verhandelt werden soll.

Genf. (Telunion.) Der heute Montag beginnenden Tagung des Völkerverbundes steht man in unterrichteten Kreisen mit größtem Interesse entgegen, da außerhalb der Parteiverhandlungen einige private Besprechungen von größerer Tragweite zwischen den anwesenden Außenministern stattfinden werden. Auf deutscher Seite erwartet man eine private Zusammenkunft zwischen dem Reichsaußenminister Curtius und dem französischen Außenminister Briand, in der die Saarfrage und das weitere Arbeitsprogramm der Pariser Saarverhandlungen zur Sprache kommen sollen. Ferner wird eine Zusammenkunft zwischen Curtius und dem polnischen Außenminister erwartet, in der die zur Verhandlung stehenden ober-schlesischen Minderheitenfragen, sowie auch die Ratifizierung des deutsch-polnischen Handelsvertrages berührt werden sollen. Hierbei vertritt man auf deutscher Seite die Auffassung, daß die Ratifizierung des Handelsvertrages in Polen unbedingt durch die verfassungsmäßigen Organe, das Parlament, erfolgen müsse, um für die Zukunft keine Schwierigkeiten entstehen zu lassen. Es verlautet auch, daß Briand den Außenministern persönlich den Inhalt seines Fragebogens über sein Vaneuropa mitteilen wird. Von großer Bedeutung wird für Deutschland die Frage der Dreierauschusses und der Beschlüsse über die Durchführung der Agrarreform in Polen große Bedeutung beigemessen wird. Zwischen Briand und Grandi (Italien) wird voraussichtlich die erste Fällungnahme für die Besprechungen über die Flottenfrage stattfinden.